Brief an die Mitglieder des Nationalrates

Autor(en): **Tobler, R. / Rüegg, P.**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **70 (1976)**

Heft 5

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-142559

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Brief an die Mitglieder des Nationalrates

Die Beschaffung der zweiundsiebzig «Tiger»-Kampfflugzeuge ist zwar von den Räten beschlossen worden. Es wird aber doch gut sein, wenn die Leser der «Neuen Wege» die begründete Stellungnahme des Schweizerischen Friedensrates zu diesem sehr umstrittenen Geschäft erfahren. — Red.

An die Mitglieder des Nationalrates. 25. Februar 1976

Sehr geehrte Dame,
Sehr geehrter Herr,

Im Namen und Auftrag ders Schweizerischen Friedensrates gestatten wir uns, Ihnen einige kritische Gedanken zum Geschäft Beschaffung von zweiundsiebzig «Tiger»-Kampfflugzeugen, über das Sie in der bevorstehenden März Session zu befinden haben, darzulegen:

Zur rüstungstechnologischen Entwicklung

Der Rüstungswettlauf findet heute nicht mehr — oder nicht mehr hauptsächlich — auf der Ebene der Quantität statt, sondern im qualitativen Bereich. Intensivierte Rüstungsformen und -entwicklungen führen zu immer schnelleren Innovationszyklen bei den Waffensystemen, speziell im Bereich der Luftwaffe. Ständige Erneuerung und Verbes: serung bringen immense Kostensteigerungen mit sich. Schon seit einiger Zeit stellt sich für den Kleinstaat — und nicht nur für ihn — die Frage nach der Grenze des Mithaltens im technologischen Rüstungswettlauf. Für den Bundesrat stellte sich dieses Problem anläßlich der Corsair/Milan-Evaluation. Sein Nullentscheid vom 9. September 1972 war eine klare Antwort.

Mit dem «Tiger» soll nun ein Kampfflugzeug beschafft werden, das für den Bund finanziell tragbar ist. Militärisch allenfalls wünschbare Typen sind aus Gründen der Finanzknappheit nicht bezahlbar. So stand bei der Evaluation sehr schnell nur noch der billigere «Tiger» zur Diskussion; ein Kampfflugzeug, dessen militärischer Wert umstritten, dessen Aktionsfähigkeit bei ungünstigen Witterungsbedingungen und in Bereichen über 6000 Meter in Frage gestellt und dessen Unterlegenheit gegenüber andern Typen offensichtlich ist. Wenn der «Tiger» heute als den höchsten militärischen Ansprüchen genügend dargestellt wird, muß darauf hingewiesen werden, daß er vom Herstellerwerk als «nichtprovokatives» Militärflugzeug konzipiert wurde, das mehr psychologischen als militärischen Wert besitzt. Mit einem Wort: Weil die Finanzen nicht für ein besseres Kampfflugzeug reichen, soll ein fragwürdiges angeschafft werden.

Wir vertreten die Auffassung, daß es ehrlicher, konsequenter und den Bundesfinanzen angemessener wäre, auf die Beschaffung von Kampfflugzeugen grundsätzlich zu verzichten.

Die Frage der Prioritäten

Mit der Beschaffung des «Tigers» soll die militärische Sicherheit unseres Landes erhöht werden. Einerseits stellt sich die Frage, ob ein anderen Typen unterlegenes Kampfflugzeug dies überhaupt mit sich bringen kann, andererseits ist der Hinweis notwendig, daß die Bedrohung der Sicherheit der Bevölkerung auf anderen Ebenen größer ist, beispielsweise im Bereich der Arbeitsplatzsicherung. Oder zugespitzt formuliert: Welche Sicherheit bringt die «Tiger»-Flotte einem Arbeitslosen?

Wegen der beschränkten Bundesfinanzen stellt sich die Prioritätenfrage immer dringlicher. Die Bundesversammlung wird in nächster Zeit über Militärkredite im Umfang von 2,2 Milliarden Franken zu befinden haben («Tiger»-Kampfflugzeuge; Rüstungsprogramm und militärische Bauten; 76 «Skyguard»-Feuerleitgeräte, auf die wir noch zurückkommen werden). Bei einem weiteren Rückgang der Bundeseinnahmen — was die Rezession erwarten läßt — wird der Staat, wenn er derartige Beträge für Rüstungszwecke bindet, um einen Leistungsabbau nicht herumkommen, was teilweise auch schon geschehen ist.

Wir meinen, daß es bezüglich der Gewährleistung der Sicherheit der schweizerischen Bevölkerung dringlichere Aufgaben als den Kauf von militärisch umstrittenen Kampfflugzeugen gibt: sinnvolle Arbeitsbeschaffung, Intensivierung der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären, diplomatischen und Katastrophenhilfe, Bekämpfung der Umweltzerstörung, Aufgaben im Bildungs- und Erziehungsbereich und vieles anderes mehr. Wer glaubt, der militärische Bereich habe heute höchste Priorität und die Ausgabenpolitik darnach richtet, leistet der Sicherheit der Schweiz langfristig einen Bärendienst.

Für das immer akuter werdende Problem der Arbeitsbeschaffung bringt das «Tiger»-Geschäft entgegen den von EMD-Seite abgegebenen Erklärungen wenig, oder möglicherweise nichts. Die Kompensationsgeschäfte haben sich als Luftblase erwiesen, welche nun geplatzt ist, und bei der Endmontage der «Tiger» im Flugzeugwerk Emmen stehen die Kosten in keinem Verhältnis zum Nutzen. Wahrscheinlich wird das F+W nach dem «Tiger»-Auftrag sowieso nicht mehr zu retten sein.

Ohne Schmiergelder geht es nicht

Die Zahlungen der Northrop Corp. an die in Zug domilizierte Economic and Development Corp. und an Rechtsanwalt Weisbrod sind in der Presse ausreichend dargestellt worden. Festzuhalten ist jedoch, daß die EDC für «ihre Dienste im Zusammenhang mit dem geplanten Kauf von F-5E-Flugzeugen durch die Schweiz» über eine

Million Dollar erhalten hat. Dies den amerikanisch-schweizerischen Vereinbarungen zum Trotz, in denen Vertreter, Mittelsmänner und dergleichen ausdrücklich ausgeschlossen werden. Auch im «Schweizer Geschäft» sind also Unkorrektheiten vorgekommen.

Das ist nach den Enthüllungen über Bestechungsskandale bei Waffenkäufen in aller Welt nichts Ungewöhnliches. Schmiergelder gehören zum Rüstungsgeschäft wie Schmieröl zu Maschinen. Aber als ungewöhnlich muß bezeichnet werden, daß das «Tiger»-Geschäft ohne offizielle Untersuchung behandelt werden soll. Im Sinne der in aller Herren Länder laufenden Untersuchungen über unrechtmäßige Verkaufspraktiken erheben wir die Forderung nach einer umfassenden Abklärung sämtlicher Verdachtsmomente in dieser Angelegenheit.

Schließlich sind wir der Meinung, daß es unserem Land sehr wohl anstehen würde, die Konsequenzen aus der Korrumpiertheit des Waffenhandels zu ziehen und mit einem Nein zum «Tiger»-Geschäft ein klares Bekenntnis zu rechtmäßigen Geschäftsgebaren abzulegen.

Gestützt auf diese Ueberlegungen empfehlen wir Ihnen, auf das Geschäft Beschaffung von zweiundsiebzig «Tiger»-Kampfflugzeugen nicht einzutreten.

Bei dieser Gelegenheit gestatten wir uns, zum Schluß noch eine Anmerkung zum dritten Investitionsprogramm des Bundes. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm enthält einen Betrag von 310 Millionen Franken für fünfundvierzig «Skyguard»-Feuerleitgeräte der Firma Contraves. Zu recht ist dieser Posten auch von bürgerlichen Zeitungen kritisiert worden, ist doch die Auftragslage der Contraves heute so glänzend wie kaum jemals zuvor, was die Bührle-Holding AG in ihrem Aktionärsbrief vom Januar 1976 ausdrücklich festhält.

Das «Skyguard»-Geschäft als gebotene Arbeitsbeschaffung darzustellen ist eine Verhöhnung aller Arbeitslosen und Kurzarbeiter. Wir empfehlen Ihnen, diesen Betrag für Aufträge an Betriebe einzusetzen, welche tatsächlich in Schwierigkeiten sind, und nicht eine Firma zu begünstigen, deren Auftragsbestände über Jahre hinweg ausreichen.

Wir danken für die Entgegennahme unserer Ausführungen und versichern Sie, sehr geehrte Dame, sehr geehrter Herr, unserer vorzüglichen Hochachtung.

SCHWEIZERISCHER FRIEDENSRAT
R. Tobler, Präsident P. Rüegg, Sekretär

Der Sozialismus will die volle Menschwerdung nicht bloß einiger weniger, sondern aller. Leonhard Ragaz

---